

Eckpunkte einer kommunistischen Programmatik

Vorwort

Die Entwicklungsmöglichkeiten menschlicher Individualität und Gemeinschaft hängen ab vom Entwicklungsstand der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit. Je mehr noch diese Arbeit nur das Notwendigste zum Leben liefert, desto begrenzter sind die Möglichkeiten kultureller Entwicklung der ganzen Gesellschaft, wie auch jedes Einzelnen. Je größer das Mehrprodukt der gesellschaftlichen Arbeit, desto größer werden die Spielräume für die Freistellung von Tätigkeiten, die das Lebensnotwendige liefern. Sei es, dass die Freistellung zur Entwicklung neuer Fertigkeiten, Tätigkeiten und Produkte genutzt wird, sei es, dass sie zur Muße, Erholung etc. genutzt wird.

Je höher die Arbeitsproduktivität, desto vielfältiger entwickeln sich Fähigkeiten, Produkte und Bedürfnisse. Je höher die Arbeitsproduktivität, je größer das Mehrprodukt, desto größer auch die Möglichkeiten soziale Vorsorge zu entwickeln für Krankheit, Alter etc., also für Situationen, in denen Menschen, Teile der Gesellschaft, aus welchen Gründen auch immer, nicht unmittelbar produktiv tätig sein können und müssen.

Wie und ob Arbeitsproduktivität und das durch sie erzeugte Mehrprodukt für soziale Vorsorge und sozialen Fortschritt genutzt werden, das hängt von den jeweiligen Produktionsverhältnissen ab. In allen Klassengesellschaften eignet sich eine Minderheit von Menschen das Mehrprodukt an und entscheidet über seine Nutzung. Mit der Entwicklung der bisherigen Klassengesellschaften entwickelte sich zugleich das Privateigentum bis hin zu den heutigen Formen des kapitalistischen Privateigentums. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen wird das Mehrprodukt nicht nur in natürlicher Form erzeugt, sondern nimmt zugleich die Wertform an. Das Mehrprodukt wird zum Mehrwert, der gerade so selbstverständlich den Privatproduzenten gehört, wie die Waren, denen er als gesellschaftliche Eigenschaft anhaftet und in Form von Geld realisiert wird. Gelingt es den kapitalistischen Privatproduzenten, die überwiegend durch Lohnarbeit erzeugten Waren in ausreichender Anzahl zu verkaufen, dann gehört ihnen selbstverständlich jene Summe Geldes, die über ihre Kosten hinausgeht, also der Gewinn. Vor Abzug von Steuern und anderen Abgaben verfügen die kapitalistischen Privatproduzenten über den gesamten gesellschaftlichen Mehrwert!

Aus dieser Ausgangslage ergibt sich selbstverständlich auch, dass die kapitalistischen Privatproduzenten als soziale Klasse kein großes Interesse an gesellschaftlichen Einrichtungen entwickeln können, die womöglich kostenlos für Erziehung, Ausbildung, Versorgung bei Krankheit und im Alter sorgen. Sie verfügen selbst ja über Geld im Überfluss, mit dem sie sich all diese Dienste privat kaufen können. Sie haben sich immer gegen Steuern und Abgaben gesperrt, die zur Finanzierung solcher gesellschaftlicher Einrichtungen vorgesehen waren, die nicht unmittelbar ihren ökonomischen Interessen dienen. Sie waren aber immer bereit, in gewissem Umfang einen „Solidaritätsbeitrag“ zum Schutz ihrer Klasseninteressen zu bezahlen. Steuern zur Finanzierung der „inneren Sicherheit“ (Ausbau des staatlichen Gewaltapparates), zum Schutz ihres Privateigentums, waren nie ein besonderes Problem, dafür konnte ein Teil des Mehrwerts abgezweigt und umverteilt werden.

Was wir heute noch an Relikten des „Sozialstaates“ haben, ist Produkt des Klassenkampfes und der Systemkonkurrenz zwischen „Realsozialismus“ und Kapitalismus. Alle Gesetze, die die Privatproduzenten zu Steuern und Abgaben verpflichteten, also ihre Verfügung über den Mehrwert begrenzten, wurden ihnen aufgezwungen oder waren Zugeständnisse, aus Angst vor dem Verlust der Privateigentums.

Spätestens seit dem Untergang des „Realsozialismus“ fühlt sich die Klasse kapitalistischer Privatproduzenten in ihrer Existenz nicht mehr bedroht. Sozialistische und kommunistische Bestrebungen sind so schwach und zersplittert wie kaum zuvor in der Geschichte des Kapitalismus und so blasen die Privatproduzenten unter den Schlachtrufen von „Reformstau“, „Privatisierung“, „Steuersenkung“ etc., vor dem Hintergrund überzyklisch sich aufbauender

Verwertungsschwierigkeiten, zur Offensive. Sie wollen möglichst den ganzen gesellschaftlich erzeugten Mehrwert für sich. Sie wollen nichts mehr hergeben für soziale Leistungen an Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft an sie leben müssen. Mit dem Lohn sollen die davon Abhängigen abgegolten sein, damit sei ihre Arbeit bezahlt, damit müssten sie auskommen, aus dem Lohn sollten gefälligst auch sie alles „privat“ bestreiten und Vorsorge für alle möglichen, immer unsicherer werden Lebensverhältnisse treffen. Enorme Arbeitsproduktivität, riesiges Mehrprodukt wenigstens teilweise für „sozialen Firlefant“ nutzen, damit müsse jetzt Schluss sein.

Die einzige „soziale“ Verpflichtung, zu der sich die Privatproduzenten bekennen, besteht darin, dass sie für „Arbeit“ sorgen wollen. Für diese Leistung verlangen sie die Verfügung über das (Mehr-)Produkt, dass diese Arbeit liefert. Liefert diese (Lohn-)Arbeit nicht genug Mehrprodukt in Form von Mehrwert, lässt sie die Renditen nicht wachsen, dann wird von diesen merkwürdigen Menschenfreunden auch keine „Arbeit“ geschaffen. Verantwortlich dafür seien die LohnarbeiterInnen selbst, weil sie mindestens einen Lohn fordern, der unter gegebenen Bedingungen, ihre Reproduktionskosten abdeckt. „Arbeit“ ließe sich jedoch nur schaffen, wenn Angebot und Nachfrage die Lohnhöhe bestimmten. Wenn Angebot und Nachfrage nur einen Hungerlohn erlauben, dann müsse man auch das akzeptieren, damit „Arbeit“ durch die selbstlosen, sozial extrem engagierten Privatproduzenten geschaffen werden könne.

Ob Spitzenmanager oder Politiker, sie begründen ihre „Reformen“ und Reorganisationsmaßnahmen des Kapitals meist mit dem Hinweis, dass ihre Zumutungen „ökonomisch vernünftig und notwendig“ seien. Es wird streng ökonomisch-sachlich argumentiert und auf bestehende Sachzwänge verwiesen. Womit sie recht haben! Kein Zweifel, ein kapitalistisches Unternehmen existiert nur, solange es Profit in ausreichender Höhe „erwirtschaftet“. Der ökonomische Sachzwang des Profits besteht und damit auch der Sachzwang alles das zu tun, was diesen Profit in entsprechender Höhe ermöglicht! (Das schließt die Möglichkeit jeder Form von sozialer Schweinerei ein!) Aber dieser Sachzwang besteht nur unter der Voraussetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, unter der Bedingung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Wenn Privatpersonen über riesige Geldsummen verfügen, dann legen sie sie an, um sie zu vermehren. Riesige private Geldvermögen haben keinen anderen Sinn. Würden sie zu sozialen Zwecken hergegeben, hörten sie auf private Geldvermögen zu sein und würden „ökonomisch sinnlos verbraucht“. Der kapitalistische Wirtschaftskreislauf käme zum Stillstand. Aller ökonomischer Sachzwang resultiert aus dem Privateigentum in seiner kapitalistischen Form, dessen Gegenpol eine Masse an Menschen bildet, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen.

Privatproduzenten und Politiker fragen: „Können wir uns diesen Sozialstaat noch leisten?“ und beantworten diese Frage mit: „Nein, wir müssen das tun, was ökonomisch vernünftig und notwendig ist.“

Die Frage, die sich die Masse der Lohnabhängigen vorlegen müsste, und die sie sich über kurz oder lang stellen werden, lautet: „Können wir uns noch eine solche Ökonomie leisten?“ und die Antwort müsste ebenso klar ausfallen: „Nein, wir müssen das tun, was sozial vernünftig und notwendig ist!“ Um das tun zu können, was sozial vernünftig und notwendig ist, müsste die Masse der Lohnabhängigen sich über ihre sozialen Ziele verständigen, sich organisieren und danach trachten, den Privatproduzenten die Verfügung über das Mehrprodukt streitig zu machen. Höhe der Arbeitsproduktivität und Größe des Mehrprodukts sind die einzig akzeptablen Grenzen für sozialen Fortschritt, menschengerechte Arbeits- und Lebensweise. Alle jene Grenzen, die sich aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, aus ökonomischen Gesetzen und Privatinteresse ergeben, müssen so oder so beseitigt werden, damit die Mehrheit der Menschen in den Genuss tatsächlich erreichter Fortschritte kommen kann.

Jede Auseinandersetzung um Bewahrung einzelner sozialer Errungenschaften oder um Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Kapitalismus ist ein Kampf um die Art der Nutzung der erreichten Arbeitsproduktivität und des Mehrprodukts, ob man sich dessen bewusst ist oder nicht. Solange die Produktionsverhältnisse unangetastet bleiben, unterliegen auch diese Auseinandersetzung

bestimmten Sachzwängen, sind die Grenzen des Erreichbaren durch die Produktionsverhältnisse und die daraus entspringenden ökonomischen Gesetze bestimmt. Erst wenn die unmittelbaren ProduzentInnen sich in freier Assoziation die gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion aneignen, fallen diese Grenzen und wird der Weg frei für ein anderes Leben und Arbeiten durch entsprechende Nutzung der erreichten Arbeitsproduktivität und des Mehrproduktes. Gegenwärtig sind so zentrale Begriffe der sozialen Emanzipation wie „Freiheit“, „Menschlichkeit“ oder auch „Kommunismus“ vollständig besetzt von den Ideologen der kapitalistischen Privatproduktion. (Freiheit als bürgerliche Freiheit von Warenproduzenten und Warenverkäufern, Menschlichkeit als abstraktes Menschenrecht ohne verbindlichen Anspruch auf Realisierung, Kommunismus als Bedrohung jeder Form von Freiheit und Menschlichkeit) Solange das so bleibt, gibt es sowie so keine Aussicht auf die Hegemonie kritischen Denkens und emanzipatorischen Handelns. Die Aufgabe historisch-materialistischer Ökonomiekritik sehe ich nicht zuletzt darin, dass die Vorstellung von Kommunismus wieder nachvollziehbar, plausibel mit realer Freiheit und Menschlichkeit verbunden wird. (Dies schließt die Kritik der Geschichte kommunistischer Bewegung mit ein.) Der Kommunismus als Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt bleibt nur eine Illusion, ohne die Verständigung über bestimmte Ziele. Diese Ziele ergeben sich aus der Kritik der Verhältnisse selbst. Werden diese Ziele nicht aus der radikalen Kritik der Verhältnisse abgeleitet, bringen sie nicht deutlich die angestrebte konkrete Veränderung des Arbeits- und Lebensalltags zum Ausdruck, dann bleiben es bloß Dogmen sektiererischer Weltverbesserer.

Das sich aus der ökonomischen Kernstruktur, den Produktionsverhältnissen ergebende ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft entfaltet seine Wirkung zunehmend ungebremst, nicht mehr modifiziert und abgemildert durch soziale Zugeständnisse („Sozialismus“ der Sozialdemokratie ade und „Kommunismus“ des Realsozialismus ade!) Somit tritt all das immer ungeschminkter hervor, was Marx in seiner allgemeinen Kapitaltheorie herausgearbeitet hat. Die immer stärker durch die Ökonomie des Kapitals bestimmte gesellschaftliche Entwicklung und deren verheerende bis absurde soziale Konsequenzen schreien geradezu nach Kritik und verlangen nach praktischer Überwindung. Die Wirklichkeit arbeitet für ein Verlangen nach „Gütergemeinschaft“, Freiheit in solidarischer Selbstverwaltung etc., mit einem Wort Kommunismus. Diese objektive, reale Entwicklung bricht sich am dominierenden Antikommunismus, der seine ungebrochene Kraft schöpft aus den ebenso realen Erfahrungen mit dem durch Parteien der III. Internationale realisierten Realsozialismus. Seine letzten Überbleibsel in China und Nordkorea machen die ganze Dekadenz und Perspektivlosigkeit eines solche „Kommunismus“ deutlich: Sicherung einer diktatorisch bis terroristisch wirkenden Parteiherrschaft, die ihren „Kommunismus“ genau so gut in ungezügelter Formen des „Manchester-Kapitalismus“ realisieren kann (China), wie in absurder bürokratischer Planwirtschaft Marke Stalin (Nordkorea). Dies alles wird begleitet durch eine ebenso undogmatische, wie bunte „westliche“ Linke, die in nicht unerheblichen Teilen sich dem dominierenden Antikommunismus gebeugt hat, ja manchmal ihm sogar direkt zuarbeitet. Trotzdem gibt es eine Unzahl brauchbarer Detail-Kritiken, die bei aller theoretischen Differenz und Konfusion (Mehrwert sei bloß mehr Wert, heute seien Märkte bedauerlicher Weise „entbettet“, die Menschen könnten ohne Ware und Geld nicht leben, die Arbeit vermittele sich im Kapitalismus selbst, Arbeit sei nicht die Substanz des Wertes und man verlöre nichts an Kritikfähigkeit, wenn man das Gesetz vom Fall der Profirate ad acta legte, usw. usf.), beweisen, wie durchschlagend die „Überzeugungskraft“ der heutigen kapitalistischer Realität ist. Wenn allerdings in 80-90% dieser manchmal interessanten Detail-Kritiken der Begriff des Privateigentums nicht einmal auftaucht, nicht einmal zur Erklärung genutzt wird, die Kritik nicht auf die praktische Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums zugespielt wird, man sich gerade zu diebisch freut, bestimmte Missstände der Ökonomie ohne Kritik des Privateigentums „logisch“ erklären zu können, dann bringt das dreierlei zum Ausdruck:

1. Wie weit man sich von der Kritik der Politischen Ökonomie, also Marxens allgemeiner Kapitaltheorie entfernt hat.
2. Wie sehr man dem bürgerlichen „Missverständnis“ aufgesessen ist, die sozialen Deformationen und das Scheitern des Realsozialismus hätten ursächlich etwas mit der traditionellen Kritik am Privateigentum an Produktionsmitteln zu tun.
3. Wie „unpraktisch“ man geworden ist, nämlich bloßer Ausdruck der praktischen Schwäche und Perspektivlosigkeit des Handelns. (Das allenthalben als Eckpfeiler kapitalistischer Ökonomie ins Auge springende Privateigentum, wird gerade von den scheinbar „radikalsten“ KritikerInnen ausgeblendet und nicht von ungefähr die Kritik der Privatisierung weitgehend den Sozialreformisten in und um Attac überlassen.)

Eine praktische kommunistische Aneignungsbewegung kann sich so jedenfalls niemals herausbilden, nicht bis zum jüngsten Tag. Auf diese Weise wird Kritik gepflegt, die immer ohne soziale Bewegung auskommen kann, sich selbst genügt und damit nur unbewusstes Produkt einer Situation ist, in der die Klassenkämpfe wenig entwickelt sind. Ich bin sicher, dass sich ein guter Teil solcher Kritiken erledigen sein wird, sobald es mehr spontane und verbitterte Klassenkämpfe gibt. Aber wer von Privateigentum nichts wissen will, der will auch nichts wissen von Klassengegensätzen und Klassenkämpfen. Was sollte der theoretisch etwa aus den argentinischen Erfahrungen lernen? In Argentinien stellte sich die Frage des Privateigentums der sozialen Bewegung nicht theoretisch, sondern ganz entschieden praktisch. Und sie wird überall zur entscheidenden Frage werden, wo es zu einem mehr oder weniger schroffen Zusammenbruch der Privatproduktion kommt. Wer in solchen Situationen nicht bereit und vorbereitet ist, die ersten Schritte „despotischer Eingriffe“ in die Eigentumsrechte der Privatproduktion zu tun, der darf getrost weiter träumen von Schritt 3 oder 4 und der Abschaffung von Ware und Geld. Er wird immer theoretisch „sauber antitraditionalistisch“, womöglich „modern“, „originell“ ... und für sich bleiben. Wie „bewiesen“, lassen sich bestimmte Zusammenhänge zwischen Privateigentum, Ware und Wert theoretisch mehr oder weniger gekonnt auflösen. Praktisch jedoch funktioniert das nicht. Mit dem Versuch zentrale Eckpunkte kommunistischer Programmatik heraus zu arbeiten, will ich im Laufe dieses Jahres und meiner begrenzten Möglichkeiten einen kleinen Beitrag leisten, auf dem Weg zu der von mir als notwendig erachteten Kritik und Verständigung.

Marx und Engels in „Deutsche Ideologie“, MEW Bd. 3

„Es geht aus der ganzen bisherigen Entwicklung hervor, dass das gemeinschaftliche Verhältnis, in das die Individuen einer Klasse traten und das durch ihre gemeinschaftlichen Interessen gegenüber einem Dritten bedingt war, stets eine Gemeinschaft war, der diese Individuen nur als Durchschnittsindividuen angehörten, nur soweit sie in den Existenzbedingungen ihrer Klasse lebten, ein Verhältnis, an dem sich als Individuen, sondern als Klassenmitglieder teilhatten. Bei der Gemeinschaft der revolutionären Proletarier dagegen, die ihre und aller Gesellschaftsmitglieder Existenzbedingungen unter ihre Kontrolle nehmen, ist es gerade umgekehrt; an ihr nehmen die Individuen als Individuen Anteil ...“ (S. 72, 73)

„Es ist jetzt also so weit gekommen, dass die Individuen sich die vorhandene Totalität von Produktivkräften aneignen müssen, nicht nur um zu ihrer Selbstbetätigung zu kommen, sondern schon überhaupt um ihre Existenz sicherzustellen.“ (S. 67)

„Wir haben gezeigt, dass die gegenwärtigen Individuen das Privateigentum aufheben müssen, weil die Produktivkräfte und die Verkehrsformen sich soweit entwickelt haben, dass sie unter der Herrschaft des Privateigentums zu Destruktivkräften geworden sind, und weil der Gegensatz der Klassen auf seine höchste Spitze getrieben ist.“ (S. 424)

Teil I

Die Natur des Menschen und die kapitalistische Produktionsweise

Es kommt nicht darauf an, die Welt zu interpretieren, sondern sie zu verändern, so Marx in seinen Feuerbach-Thesen. Kritik der politischen Ökonomie will nicht nur das Kapital als Produktionsverhältnis und Prozess des „rastlosen Gewinnens“ kritisch darstellen, sondern aus dieser radikal zu Ende gebrachten Kritik zugleich die Möglichkeiten und grundlegenden Ziele sozialer Emanzipation ableiten. Dadurch löst die Kritik der politischen Ökonomie den weltanschaulich formulierten Anspruch des historischen Materialismus ein.

Im Begriff der Emanzipation, der Befreiung wird deutlich der Prozess der Befreiung und nicht der Status der Freiheit angesprochen. Er wirft somit die Frage auf, **wovon** Menschen sich denn befreien wollen. Es ist die konkret zugespitzte Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, die jene Zustände und deren Folgen benennt, von denen mensch sich befreien will und kann. Diese konkret zugespitzte Kritik liefert uns Teilziele, die in ihrer Summe einen Zustand sozialer Freiheit umreißen, soweit man diesen heute konkret umreißen kann, ohne Wolkenkuckucksheime auszumalen.

Die konkrete Zuspitzung der Kritik am Kapital zwingt uns zur Einlassung auf Fragen, die heute weitgehend ausgeblendet sind, oder mit Phrasen wie „abstrakte Vernutzung von Mensch und Natur“ abgetan werden. Eine Kritik des Kapitals ohne Kritik des unmittelbaren Produktionsprozesses, ohne konkretes Einlassen auf eine Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Industrie (damit sind auch erhebliche Teile der Dienstleistungen gemeint), als Kernprozess der Verwertung und zugleich Kernprozess der heutigen materiellen Reproduktion der Menschen, bleibt unvollständig, schief und praktisch perspektivlos. Das oft verlangte „andere arbeiten“ kann nur konkret werden in der Umgestaltung der industriellen Arbeitsprozesse. Die Proklamation der „Abschaffung der Arbeit als solcher“ ist eine desorientierende Phrase.

Lässt man sich auf diese Kritik ein, wir man ganz schnell mit der Nase auf die menschliche Natur gestoßen, der durch die kapitalistische Industrie systematisch Gewalt angetan wird.¹ Man wird zugleich auf die außerordentlich hohe Produktivität menschlicher Arbeit gestoßen, die es ermöglicht jene teils unerträglichen Zumutungen für Menschen abzuschaffen, unter denen sie heute zu leiden haben. (siehe Anhang, von wegen „ökonomische Notwendigkeit“!) Soziale Emanzipation meint nicht zuletzt den Prozess der Abschaffung dieser Zumutungen.

Spätestens an dieser Stelle höre ich die Einwände der Experten für die reine Kritik der gesellschaftlichen Form, die mehr oder weniger alle materialistischen Bezüge von Kritik ausgeblendet haben. Das sei „naturalistisch“, „biologistisch“, wie könne man sich bei der Kritik des Kapitals nur auf die Natur des Menschen berufen? Ich werde das gleich in hier nur kompakter, verkürzter Form deutlich machen, wie und warum eine solcher Bezug unabweisbar ist, wenn, ja wenn man es mit **praktischen Emanzipation** tatsächlich ernst meint und es nicht bei der Phrase von der sozialen Emanzipation belassen will.

Allgemein gilt, dass jedes einzelne Exemplar der Gattung Mensch ein vielseitig begabtes Lebewesen aus Fleisch und Blut ist (im Gegensatz zu den oft hochspezialisierten Tieren). Das Kapital entwickelt diese

¹ „Das Kapital ist ... rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird.“ (Kapital Bd. 1, S. 285)

„Wir deuten nur hin auf die materiellen Bedingungen, unter denen die Fabrikarbeit verrichtet wird. Alle Sinnesorgane werden gleichmäßig verletzt durch die künstlich gesteigerte Temperatur, die mit Abfällen des Rohmaterials geschwängerte Atmosphäre, den betäubenden Lärm usw., abgesehen von der Lebensgefahr unter der dicht gehäuften Maschinerie, die mit der Regelmäßigkeit der Jahreszeiten ihre industriellen Schlachtbulletins produziert. (Kapital Bd. 1. S. 448, 449)

Vielseitigkeit auf gesellschaftlicher Stufenleiter in Form der spontan voranschreitenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Es entwickelt sie als allgemein menschliche Potenz aber nur, indem es die Masse der Menschen, auf den Status hochspezialisierter Arbeitstiere reduziert (Arbeitsteilung in den kapitalistischen Industriebetrieben). Allein diese Vereinseitigung in der Industriearbeit, das Vorenthalten der Möglichkeit vielseitiger Ausbildung und Tätigkeit, bedeutet eine einzige Verkettung von Anschlägen auf die menschliche Natur. Wird von dem Einzelnen heute „lebenslanges Lernen“ und „Flexibilität“ verlangt, dann ist das ein Produkt kleiner, mittlerer und auch großer sozialer Katastrophen. Der Anspruch, Neues zu erlernen, sich weiter zu bilden etc. ist Produkt krisenhafter Prozesse der Kapitalverwertung und der daraus entspringenden Lohnarbeitslosigkeit. Der so vorgetragene Anspruch auf Vielseitigkeit und Flexibilität kommt als Bedrohung auf die einzelnen Lohnabhängigen zu und soll ihnen zugleich die Verantwortung für ihre Lohnarbeitslosigkeit zuweisen. Es ist niemals gemeint als ein Anspruch auf wirkliche Vielseitigkeit in jeder Phase des Lebens, sondern kennt nur die Vielseitigkeit als ein Nacheinander von Lebensarbeitsabschnitten, die Produkte sozialer Katastrophen sind. (Um diese Aspekte der Reduzierung auf ein Arbeitstier wird es jedoch erst in einem meiner nächsten Manuskripte genauer gehen, wenn ich mich entlang der Kritik des Qualitätsmanagements mit der Arbeitsorganisation und den einzelnen Prozessen beschäftigen werde.)

Jedes einzelne Exemplar der Gattung Mensch ist aber nicht nur von Natur aus ein vielseitig begabtes Lebewesen, sondern eben eines aus Fleisch und Blut. Wir können in unseren Aktivitäten unserer Physis angemessen handeln, oder uns ihr gegenüber gleichgültig verhalten. Letzteres rächt sich auf eine oder andere Art, durch leichte oder schwere Erkrankungen bis hin zum Tod. Eigentlich bieten uns unsere Sinne Schutz vor solchen Fehlverhalten. Empfinden wir beispielsweise Schmerz, dann sind wir bemüht, jene Handlungen zu vermeiden, die uns Schmerzen zufügen.

Das Kapital**verhältnis** verlangt, erzwingt und formt menschliche Verhaltensweisen, die „ökonomisch vernünftig“ sind, also dazu beitragen, den Heißhunger des Kapitals nach unbezahlter Mehrarbeit zu befriedigen. (Das Verhältnis, also die wechselseitige Beziehung und Abhängigkeit von Lohnarbeit und Kapital, formt diese Verhaltensweisen bei allen Beteiligten, gleichgültig auf welchem Pol des Gegensatzes sie stehen.) Aus diesem Grunde ist das Kapital gleichgültig gegenüber der Natur des Menschen. Rücksicht nimmt es nur – sofern nicht dazu gezwungen –, wenn es dadurch mehr Lebenszeit in Arbeitszeit für das Kapital verwandeln und Produktionsausfälle vermeiden kann. Sofern es Rücksicht nimmt, nimmt es nur in den engen Grenzen des ökonomischen Kalküls, nicht aus humanen Gründen, Rücksicht.

„Volkswirtschaftliche Kosten durch Arbeitsunfähigkeit 2004

Etwa 70 Milliarden Euro Ausfall an Bruttowertschöpfung

Bruttowertschöpfung von rund 70 Milliarden Euro ging der deutschen Volkswirtschaft im Jahr 2004 durch Arbeitsunfähigkeit verloren. Dies ergibt die aktuelle Schätzung der volkswirtschaftlichen Kosten durch Arbeitsunfähigkeit durch die BAuA.

Durchschnittlich war jeder der rund 34,65 Millionen in Deutschland Beschäftigten 12,7 Tage arbeitsunfähig. Dies summiert sich auf fast über 440 Millionen Arbeitsunfähigkeitstage oder 1,2 Millionen ausgefallene Erwerbsjahre.

Bei einem durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelt von 32.800 Euro pro Jahr entstehen Produktionsausfallkosten in Höhe von ca. 40 Milliarden Euro. Durch die durchschnittliche Bruttowertschöpfung von 57.800 Euro je Beschäftigten ergibt sich ein Verlust an Arbeitsproduktivität von rund 70 Milliarden Euro. Diese ausgefallene Bruttowertschöpfung hat einen Anteil von 3,1 Prozent am Bruttonationaleinkommen.

Bei Betrachtung der Ausfalltage nach Diagnosegruppen ergibt sich folgendes Bild. Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes verursachen fast jeden vierten krankheitsbedingten Ausfalltag. Es folgen Verletzungen, Vergiftungen (12,9 Prozent), Krankheiten des Atmungssystems (12,5 Prozent), Psychische und Verhaltensstörungen (10,5 Prozent), Krankheiten des Verdauungssystems (6,6 Prozent) sowie Krankheiten des Kreislaufsystems (6,5 Prozent) auf den Rängen zwei bis sechs. Alle übrigen 15 Diagnosegruppen haben zusammen einen Anteil von 26,6 Prozent am Arbeitsunfähigkeitsgeschehen.

*Die Schätzung der volkswirtschaftlichen Produktionsausfälle gibt **volkswirtschaftlich gesehen** ein Präventionspotenzial und **mögliches Nutzenpotenzial** an. Im Jahr 2004 basiert sie auf Arbeitsunfähigkeitsdaten von rund 31,65 Millionen Pflichtversicherten und freiwillig Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung.“*

(baua Aktuell 1/06)

Es geht also um den volkswirtschaftlichen Nutzen, und was wäre der ohne den privatwirtschaftlichen Nutzen? Daher titelt auch ein begleitender Artikel „Mit Sicherheit mehr Gewinn“ in dem das hohe Lied der Wettbewerbsfähigkeit angestimmt wird. Unsere bürgerlichen Menschenfreunde, Experten für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, wollen die Prävention im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz den Kapitalisten schmackhaft machen. Diese beklagen selbstverständlich stets zu hohe Krankenstände, zumal sie (wie lange noch???) zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle verpflichtet sind. (Wer erinnert sich überhaupt noch an den großen Metallarbeiterstreik dafür in den 50iger Jahren, der diese soziale Reform erst auf den Weg brachte?)

Als „kostenbewusste Bürger“ fassen die Kapitalisten aber nicht gern auch nur eine müde Mark an, um in die Gesundheit von Lohnabhängigen zu investieren, zumal ihnen der spontane Gang der Verwertung von Wert ganz kostenlos eine Verringerung von ausgefallenen Arbeitstagen durch Krankheit beschert. Eine wachsende Zahl von Lohnarbeitslosen, um sich greifende existenzielle Unsicherheit, macht dies auf ganz billige Weise möglich. Nicht die Arbeitsbedingungen müssen sich ändern, sondern das Verhalten der Lohnabhängigen! Mensch soll gefälligst auch krank zur Arbeit gehen! Das kostet nichts, außer ein bisschen Anstrengung, um den Druck auf beschäftigte und arbeitslose Lohnabhängige zu erhöhen. In diese Anstrengung investiert man dann gern etwas durch aufwendige „Aufklärung“, sprich Meinungsmache.

Das Aushalten ist generell eine Schlüsselqualifikation von Lohnabhängigen. In Stellenanzeigen und bei Einstellungsgesprächen nennt man das „Belastbarkeit“. Je stärker das Kapital sein Werk sozialer Polarisierung in Szene setzt, desto mehr wird das Aushalten, die Belastbarkeit, verlangt. Nicht für die

Schule, sondern für das Leben lernen wir, also muss Schule, die gesamte Erziehung, ihrem Auftrag gerecht werden und die Mehrheit junger Menschen auf das Aushalten unzumutbarer, krank machender Arbeitsbedingung vorbereiten. Diese Dressur fürs Aushalten führt notwendig zur „Verrohung der Sitten“, wird widerständig angeeignet, droht aus dem Ruder zu laufen und so rüstet sich der ehemalige „Sozialstaat“, um sich auf seine Kernaufgaben als „Sicherheitsstaat“ zu besinnen. In der „Wirtschaft“ heißt das „outsourcing“, wenn man sich auf sein „Kerngeschäft“ beschränkt und alles andere abstößt. Die Hohepriester des Neoliberalismus arbeiten daran und schlagen gleich 2 Fliegen mit einer Klappe, weil das „outsourcing“ der sozialen Aufgaben des bürgerlichen Staates zugleich profitable Anlagemöglichkeiten für Privatproduktion verspricht.

Gestützt auf die Berichte der Fabrikinspektoren seiner Zeit hat Marx den kapitalistischen Produktionsprozess in Kapital Bd. 1 treffend kritisiert und gegeißelt. Er zeigte auf, was die große Industrie den LohnarbeiterInnen seiner Zeit antat, dass und wie inhuman die Arbeit war. Heute kann man sich bei den Berufsgenossenschaften, der „Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin“ und ähnlichen Einrichtungen darüber informieren, was die kapitalistische Industriearbeit den darin eingespannten Menschen antut. Mittlerweile sind die Individuen quer durch die sozialen Klassen allerdings schon so auf „ökonomisch vernünftiges“ Verhalten gepolt, das die teils unsichtbaren, teils offen zu Tage tretenden Zumutungen und Gefahren von geringem Interesse sind. In der öffentlichen Diskussion, sofern sie überhaupt stattfindet, wird Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz allenfalls unter dem Gesichtspunkt „individuellen Fehlverhaltens“ diskutiert, niemals unter dem Gesichtspunkt **ökonomisch erzwungenen Fehlverhaltens**. Was an Krankheit vorrangig interessiert, das sind deren Kosten und die ausgefallenen Arbeitstage für „die Wirtschaft“, nicht die Leiden der verletzten und kranken Menschen. Möglichst viel Lebenszeit der LohnarbeiterInnenklasse soll Arbeitszeit für das Kapital sein, auch unabhängig von der Arbeitszeit des Einzelnen. Das heißt es soll rund um die Uhr und möglichst das ganze Jahr über produziert werden, weil es „ökonomisch vernünftig“ ist.²

Beispiel 1: Mit Nacht- und Schichtarbeit wieder den natürlichen Biorhythmus des Menschen

Die Ergebnisse der Arbeitsmedizin sind ganz und gar eindeutig: besonders die Dauernachtschicht schädigt den menschlichen Organismus und hat zudem sehr schwerwiegende negative soziale Auswirkungen.

„Ein zentrales Ergebnis arbeitswissenschaftlicher Untersuchungen ist, dass der menschliche Organismus an einen 24-stündigen Tag-/Nacht rhythmus gebunden ist. Rund 200 physiologische Körperfunktionen basieren auf diesem Rhythmus und beeinflussen, dass wir am Tag auf >Aktivität< und in der Nacht auf >Ruhe< gestellt sind. Dieser Rhythmus pendelt sich sogar bei völliger Isolation ein. Es existiert quasi eine innere Uhr, die durch Umweltfaktoren auf den Tagesrhythmus von 24 Stunden eingestellt ist.

Die zentrale Belastung der Nachtarbeit ist, dass gegen diesen Rhythmus gearbeitet werden muss.“ Amtliche Mitteilungen der BAUA, 3/2000

Man unternimmt natürlich nichts gegen die Nachtarbeit, sondern, wie üblich und gewinnträchtig, wird eine Pille „erfunden“, um die Leistungsfähigkeit auch Nachts sicher zu stellen: „Doch jetzt gibt es eine Hoffnung für alle Betroffenen: Gegen den gefürchteten toten Punkt und die Müdigkeit ist ein Kraut gewachsen. Wissenschaftler konnten in einer Studie an 33 Ärztinnen und 23 Ärzten, die überwiegend in Nachtarbeit arbeiten, zeigen, dass die Inhaltsstoffe der sibirischen Hochgebirgspflanze *Rhodiola rosea* die nächtliche

² „Arbeit während aller 24 Stunden des Tages anzueignen, ist ... der immanente Trieb der kapitalistischen Produktion. Da dies aber physisch unmöglich, würden dieselben Arbeitskräfte Tag und Nacht fortwährend ausgesaugt, so bedarf es, zur Überwindung des physischen Hindernisses, der Abwechslung zwischen den bei Tag und Nacht verspeisten Arbeitskräften, eine Abwechslung, die verschiedene Methoden zulässt ...“ (Kapital Bd. 1, S. 271)

Leistungsfähigkeit erhöhen, ohne aufzuputschen.“ So verkündet es z.B. der Ortsverein im Deutschen Roten Kreuz Karlsruhe im Internet geradezu triumphierend. Kein Wort von der gesundheitlichen Gefährdung durch Nachtarbeit, Hauptsache die „Leistungsfähigkeit“ zum Wohle der Volkswirtschaft ist gewährleistet.

Trotz der eindeutigen Befunde nimmt Nacht- und Schichtarbeit ständig zu, nicht weil sie unabdingbar wäre, wie etwa im Bereich der Krankenpflege, sondern, weil es ökonomisch erforderlich ist für die extensive Verwertung von Kapital. In Deutschland war z.B. das Ladenschlussgesetz ein Hindernis für das Kapital auf dem Wege alle Lebenszeit in Arbeitszeit für seine Verwertung zu verwandeln. Es muss beseitigt werden und wird beseitigt. Je ungehinderter die neoliberalen „Reformen“ die spontane Tendenz des Kapitals umsetzen, die Konkurrenz entfesseln, desto konsequenter wird Lebenszeit von beschäftigten LohnarbeiterInnen in Arbeitszeit fürs Kapital umgewandelt.

Das Land Nordrhein-Westfalen lässt die Arbeitszeiten der Beschäftigten regelmäßig untersuchen. Die Erhebung, die im Auftrag des Ministeriums vom Kölner Institut zur Erforschung sozialer Chancen (ISO) vorgenommen wird, ist bundesweit repräsentativ. Für den neuesten, von Hermann Groß und Eva Munz verfassten Bericht "Arbeitszeit '99" wurden in der ersten Jahreshälfte dieses Jahres insgesamt 4024 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in West- und Ostdeutschland über ihre tatsächlichen und die gewünschten Arbeitszeiten befragt. Einbezogen wurden Beschäftigte zwischen 18 und 65 Jahren. Die Ergebnisse zeigen: Die Entwicklung der Arbeitszeiten ist heute schon viel flexibler als vielfach angenommen. Die klassische Regelarbeitszeit wird immer mehr zur Ausnahme.

...

Einen regelrechten Sprung haben Nacht- und Schichtarbeit gemacht. Mehr als jede/r sechste Beschäftigte (18%) muss regelmäßig Nacht- und Schichtarbeit leisten (1995: 13%). Die Akzeptanz von Nacht- und Schichtarbeit ist heute höher als vor zehn Jahren. Mehr als die Hälfte (51%) sind damit einverstanden (1989: 43%). Der Zuwachs bei Schicht und Nachtarbeit stimmt überein mit der in anderen Studien festgestellte Zunahme der Betriebszeiten im verarbeitenden Gewerbe von 60,6 Wochenstunden 1984 auf 71,8 Wochenstunden 1996.

Stark zugenommen hat auch die Überstundenarbeit, was den Anteil der Beschäftigten in regelmäßiger Überstundenarbeit angeht. 1989 hatten nur 35% der Beschäftigten regelmäßig Überstunden geleistet. 1999 sind es schon 56%. Dieser Trend gilt allerdings nicht für das Überstundenvolumen - gemessen an der Anzahl der wöchentlichen Überstunden, die jede/r Beschäftigte leistet. Hier hat es gegenüber 1995 keine nennenswerten Veränderungen gegeben. 1995 hatte jede/r Beschäftigte 2,9 Überstunden pro Woche geleistet, 1999 waren es 2,8 Überstunden pro Woche.

Beispiel 2 „Mit Dauerstehen, Dauersitzen und einseitiger Körperhaltung bis zum KO“:

Bewegungsmangel, falsche Haltungen, einseitige Haltung etc schaden dem Skelett.

Skeletterkrankungen gehören zu den häufigsten Krankheitsursachen und Ursachen von Krankenscheinen. Also erzählt man jemandem, der 8-Stunden und mehr dazu verdonnert ist im Büro sitzend zu arbeiten, er solle sich mehr und gesünder bewegen. Also erzählt man der Kassiererin im Supermarkt, dem Bandarbeiter, dem LKW-Fahrer mit ihren einseitigen, belastenden Arbeiten, sie sollten sich mehr bewegen. Dabei werden auch die Wege zur Arbeit immer länger. 2 Stunden im Auto sitzen, um zur Arbeit zu kommen ist zumutbar. Wann also soll man sich mehr bewegen und gesünder bewegen? Natürlich während der Freizeit, die immer kürzer wird und werden soll. Während der Lohnarbeit geht das natürlich nicht! Das ist ökonomisch nicht machbar. Wir müssen doch alle für die „Wirtschaft“ da sein, die nichts unversucht lässt, uns mit solchen Arbeitsplätzen zu beglücken, die wir auf immer längeren Anfahrten erreichen müssen.

17 Millionen Menschen nehmen in Deutschland Tag für Tag im Büro Platz, weitere zwei bis drei Millionen haben ihren Sitzplatz in den Fertigungshallen der Industrie. Und 2,5 Millionen übernehmen jeden Tag den Vorsitz in LKW, Bussen und Bahnen. Macht summa summarum rund 22,5 Millionen Beschäftigte, die ihren Arbeitstag überwiegend im 90-Grad-Winkel verbringen. Und was machen die Übrigen? Schließlich sind in Deutschland ca. 39 Millionen Menschen erwerbstätig! Nun, einem Teil stehen wir jeden Tag im Wortsinne gegenüber - in Warenhäusern, in Tankstellen, in Metzgereien, Bäckereien oder auf dem Wochenmarkt. Sie stehen im Verkauf jeden Tag von früh bis spät ihren Mann bzw. ihre Frau und sich dabei nicht selten die Beine in den Bauch. Aber nicht nur dort sind Steherqualitäten gefragt. Gleiches gilt für das Friseurhandwerk und andere Handwerksberufe, für die Beschäftigten der Heil- und Pflegeberufe, für das Küchenpersonal in den Kantinen, Großküchen und Restaurants sowie für zahlreiche Berufe im Produktionsbereich- hier wird oft 70% und mehr des Arbeitstages gestanden. Wirklich gut ist die viele Steherei nicht- im Gegenteil. Neben der Unbequemlichkeit belastet sie die Muskeln, die Gelenke, Bänder und Sehnen und nicht zuletzt die Venen über Gebühr.

Die Folgen sind Rückenschmerzen, Kreislaufkrankungen und Krampfadern.

Zum Problem wird die senkrechte Haltung erst dann, wenn sie dauernd eingenommen und damit zur **Zwangshaltung** wird. Denn die Evolution hat den menschlichen Organismus für Bewegung konzipiert, für den Wechsel zwischen Sitzen, Stehen, Liegen, Laufen sowie für alle Haltungen, die dazwischen liegen. Wer dauernd sitzt, liegt oder steht, belastet seinen Körper einseitig und im Wortsinne unnatürlich. Da wir uns aber von der natürlichen, bewegungsintensiven Lebensweise in unserer modernen Gesellschaft weitgehend verabschiedet haben und unsere Tage >belastungswechselfrei< entweder überwiegend sitzend oder überwiegend stehend verbringen, sind so genannte Zivilisationskrankheiten in den Industrienationen weitverbreitet. In Deutschland z.B. belegen die Muskel-Skeletterkrankungen und die Herz-Kreislaufkrankungen die Spitzenplätze bei den häufigsten Krankheiten in der Gesamtbevölkerung. 80% der Bevölkerung werden gelegentlich von Rückenschmerzen geplagt, diese sind auch der häufigste Grund für einen Besuch beim Arzt. Dort bekommen die Betroffenen oft die >gelbe Karte< gezeigt: 25% aller Krankmeldungen entfallen auf Erkrankungen des Haltungs- und Bewegungsapparates, 14% der Arbeitsunfähigkeitsfälle werden von Rückenbeschwerden verursacht.

Aus einer Broschüre der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Auch in den dauerhaft einzunehmenden **Zwangshaltungen** während der Arbeit kommt der **Zwangscharakter kapitalistischer Industriearbeit** spürbar zum Ausdruck. (Man kann das fühlen! Wer, wie ich, ca. 30 Jahre in kapitalistischen Industrien gearbeitet hat, weiß ein Lied davon zu singen!) Freiwillig tut das niemand! Von wegen „Verabschiedung“ von einer natürlichen, bewegungsintensiven Lebensweise!

Beispiel 3 „Gefahrstoffe“ – wieviel kann der Mensch vertragen? Mal ausprobieren!

Über **30 Millionen Beschäftigte** in der Europäischen Union sind am Arbeitsplatz jeden Tag **zu mehr als einem Viertel ihrer Arbeitszeit Rauchgasen, Dämpfen und Stäuben ausgesetzt**. **Fast ebenso viele handhaben Gefahrstoffe** und kommen dabei auch mit ihnen in Hautkontakt. **Für nur einen Bruchteil der hierbei auftretenden chemischen Stoffe sind die möglichen Gesundheitsgefahren bislang hinreichend bekannt**. Asthma und Hautakzeme sind häufige Folge einer unsachgemäßen Verwendung von Gefahrstoffen. **In Deutschland schlägt sich dieses jährlich in etwa 40 000 neuen Verfahren zur Anerkennung einer gefahrstoffbedingten Berufskrankheit** und geschätzten 850 Millionen Euro an direkten Kosten für die deutsche Wirtschaft **nieder**. *Amtliche Mitteilungen der BAuA 3/2003*

Auf einer Tagung von verschiedenen Institutionen und Verbänden zum Thema Umgang mit Gefahrstoffen im Herbst 2003 wurde berichtet:

Noch immer sei ... erst ein Drittel der rund **30.000** häufig in der Europäischen Union verwendeten chemischen Stoffe ausreichend toxikologisch untersucht. Es gäbe praktisch keinen Wirtschaftszweig, der ohne die Produkte der chemischen Industrie auskommt. Doch viele chemische Arbeitsstoffe könnten die Gesundheit gefährden. Diese Gefahrstoffe ließen sich an nahezu allen Arbeitsplätzen finden, angefangen bei der Landwirtschaft über die Industrieproduktion bis hin zum Handwerk oder dem Gesundheitswesen. Falscher Umgang mit Gefahrstoffen könne zu erheblichen Gesundheitsschäden führen. Die möglichen Auswirkungen reichten beispielsweise von leichten Haut- oder Augenreizungen über Nervenschädigungen bis hin zu chronischen Lungenerkrankungen und Krebs. *Amtliche Mitteilungen der BAuA 3/2003*

Und bei diesen riskanten Zuständen bleibt es nicht, es kommen neue hinzu, Stichwort: „Nanopartikel“. Nanopartikel sind so klein, dass sie die Haut durchdringen und – wenn sie einmal im Körper sind – mühelos durch alle Organe wandern können und keine Blutschanke ihnen den Zugang zum Gehirn verbaut. Man weiß buchstäblich nichts über die neuen Gefährdungen, die da auf uns zu rollen, aber produziert schon mal drauf los, weil es „ökonomisch notwendig und vernünftig“ ist.

Man könnte jetzt fortfahren mit den Gefährdungen durch Lärm, durch Bildschirmarbeit etc. Es mag aber vorerst genügen. (Ergänzendes Material zum Thema findet ihr noch in einer meiner „Werkstätten“: www.rs002.de/krank-durch-arbeit/startseite.htm)

Das gesamte Thema Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz ist fast vollständig besetzt von bürgerlichen Kräften. Linksradikale streiten lieber philosophisch darüber, ob mensch sich in der Arbeit befreien müsse oder die Menschen insgesamt von jeder Arbeit. (Was für ein Quatsch! Wer sich auch nur ein bisschen mit den konkreten Umständen beschäftigt, wird sehr rasch feststellen, dass es sowohl um Verkürzung von Arbeitszeit als auch um Veränderung der Arbeitsbedingungen geht. Wichtig erscheint es modernisierten linken Ideologen, ob man in der Kritik der Verhältnisse das Wort Arbeit durch das Wort Tätigkeit ersetzen muss. Wie sollte so jemand jemals eine konkrete Vorstellung davon entwickeln,

wovon man sich denn befreien will, um damit zugleich eine konkrete Vorstellung von einer anderen Arbeit, oder von mir aus auch einer anderen produktiven Tätigkeit zu entwickeln?

Aber warum sollten sich Linke, denen es um Höheres geht, wie beispielsweise die Abschaffung von Ware und Geld, überhaupt um die konkreten Zumutungen der kapitalistischen Industriearbeit kümmern?

Der „Abschied vom Proletariat“ und die Kritik „der Arbeit überhaupt“ braucht keine konkrete Kritik inhumaner Arbeitsbedingungen in der kapitalistischen Industrie und kann sich überhaupt nicht vorstellen, dass die Kritik eben dieser Arbeitsbedingungen die Grundlage einer praktischen Kritik von Ware und Geld ist und zum Motiv wird, jene Produktionsverhältnisse abzuschaffen, die einerseits den Menschen zum Arbeitstier machen und andererseits, die Produkte der Arbeit zur Ware. Umgekehrt lehnen jene, die sich etwa noch im Rahmen konkreter Gewerkschaftsarbeit um Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz kümmern, jede radikale Kritik am Kapitalverhältnis ab. Ein Zustand, aus dem nur die Sachwalter des Kapitals ihre Vorteile ziehen. Es ist alles bestens bestellt.

In seiner Kritik am Gothaer Programm formulierte Marx den in einer kommunistischen Gesellschaft zu realisierenden Anspruch so: *„Jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“*. Darin ist kein spezifisches Klasseninteresse mehr ausgedrückt, sondern ein zutiefst humanistisches Ziel formuliert. Wer von den modernisierten Linken würde bei diesen Bedürfnissen heute noch an elementarste menschliche Bedürfnisse denken, die in der industriellen Produktionsweise des Kapitals beständig unterdrückt werden, unterdrückt werden müssen, weil es die Profitproduktion verlangt? Die unbezahlte Mehrarbeit, die hier abverlangt und ausgepresst wird, ist nicht nur in Zeit messbar, sie ist physisch erfahrbar, indem beständig der Natur des Menschen Gewalt angetan wird, indem man länger stehen muss, als erforderlich, indem man länger sitzen muss als erforderlich, etc.. Was einem beliebigen Lohnabhängigen während der Arbeit angetan wird, das tut man der Natur des Menschen an. Die Klasse der LohnarbeiterInnen kann sich aus ihrer bedrückenden bis elenden Lage nur befreien, indem sie für allgemein menschliche Ziele kämpft.

Immer wieder habe ich in Diskussionen die Klage darüber gehört, dass uns klare Ziele abhanden gekommen seien, der Kommunismus ja so unbestimmt sei usw. Ja, die erbärmlichen Resultate des Realsozialismus und unsere eigen Verarbeitung dieses Desasters haben zu einem solche Zustand in weiten Teilen der Linken geführt. Aber die heute eher üblichen, „marktgängigen“ Formen von Kritik lassen auch eine Wiedererlangung klarer Zielvorstellung gar nicht zu, weil die Kritik nicht auf die realen, bedrückend nah und unmittelbar erfahrenen Verhältnisse zugespitzt wird, unter denen heute Menschen leben und arbeiten. Das oft verlangte „andere leben und arbeiten“ nimmt sofort Kontur an, wenn man die Lebens- und Arbeitsbedingungen konkret kritisiert. In Summe liefert uns eine solche Kritik die im Ansatz konkrete Vorstellung einer anderen Gesellschaft, als Teilkritik Teilforderungen, um die der Kampf schon heute entbrennen müsste. (Zum Beispiel Verbot aller Nachtarbeit, die ökonomisch, im Interesse der Verwertung verlangt und eingeführt wird.)

Die soziale Emanzipation beginnt hier und heute oder gar nicht. Jeder Teilerfolg ist ein Stück sozialer Emanzipation von den elenden Zuständen, die das Kapitalverhältnis uns zumutet und aufzwingt. Das beginnt mit dem Kleinkrieg um Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz und hört bei der Erziehung und Ausbildung nicht auf (Kostenlose gesellschaftliche Einrichtungen sollen es sein, im Kapitalismus bezahlt aus einem angemessenen Abzug vom Mehrwert. Auch darauf komme ich zurück). Alle Verteilungskämpfe um höhere individuelle Geldeinkommen müssen dem Kampf um soziale Emanzipation untergeordnet werden. Solange die wichtigsten Klassenauseinandersetzung noch um höhere individuelle Geldeinkommen gehen, hat der Kampf um soziale Emanzipation noch kaum begonnen.

Man muss sich immer der Tatsache bewusst bleiben, dass in Summe die kapitalistischen Zumutungen unter Beibehaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse nicht abzuschaffen sind, dass dies nur möglich ist unter Bedingungen, unter denen die frei assoziierten ProduzentInnen sich die gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion angeeignet haben.

Im Kapitalismus ist Arbeit produktiv wenn sie Waren produziert und Mehrwert schafft. Arbeit, die diesem Zweck nicht dienlich ist, ihn nicht erfüllt, wird „ausgemerzt“. Die konkreten Arbeitsbedingungen werden „menschenverachtend“ so gestaltet, dass dieser Zweck erfüllt wird. **Die gesellschaftliche Arbeit insgesamt so zu gestalten, dass sie einzig dem Zweck dient, den Lebensgenuss der Menschen zu erhöhen, sowohl durch die Beschaffenheit ihrer Produkte, wie durch die Art ihrer Verausgabung und die Gestaltung der Bedingungen, unter denen sie verausgabt wird, ist unter kapitalistischen Bedingungen ganz und gar ausgeschlossen.** Humanitäre Zielsetzung und Kapitalverwertung sind grundsätzlich unvereinbar, auch dann, wenn überall von „Menschenrechten“ geträumt und sich auf sie bezogen wird. Heraus kommt immer eine asoziale Verzerrung vorbehaltlos menschlicher, auf vielseitigen Lebensgenuss orientierter Zielsetzungen. Sie werden sozusagen „wert- und kapitalkonform“ gemacht. Ein Klassenbewusstsein von Lohnabhängigkeit, das nicht vorbehaltlos, also ohne ökonomische Bedenken, auf solche menschlichen Zielsetzung orientiert ist, bleibt in den Bewusstseinschranken der bürgerlichen Gesellschaft befangen, folgt also konsequent den Pfaden, auf denen das ökonomische Bewegungsgesetz dieser Gesellschaft sich durchsetzt und wird damit am Status der Lohnabhängigkeit nichts ändern können, samt aller „Segnungen“, die die Lohnarbeit so mit sich bringt.

Weil heute die Masse der Lohnabhängigen in ihren Denkmustern und Verhaltensweisen dem ökonomischen Bewegungsgesetz folgt, auf Bildung irgendwelcher „Parallelgesellschaften“ zu setzen, das zeugt selbst von naiver Verkennung der Übermacht dieses Bewegungsgesetzes und bleibt die historische Lachnummer schlecht hin. Und sich damit auch noch über Dummheit der beschäftigten Lohnabhängigen aufregen!

Würden die kapitalkritischen Linken auf ideologische Schrullen verzichten, sich in ihrer konkret zu entfaltenden Kritik verständigen können und darüber zu gemeinsamen Forderungen und Zielvorstellungen gelangen, dann hätte man ein Grundlage für sinnvolle praktische Agitation und Aktion und damit für eine Kontinuität kommunistischer Bewegung. Die Hoffnung stirbt zuletzt! Mehr nicht! Keine Garantie für Erfolg unter der Masse der Lohnabhängigen (Das sind keine „Gutmenschen, die nur darauf warten, wach geküsst zu werden, oder eine sogenannte „proletarische Denkweise“ mit der Muttermilch eingesogen haben und nur von bösen Mächten abgehalten werden, danach zu leben.) Ein solcher Erfolg ist überhaupt nur vorstellbar unter der Voraussetzung einer tiefen gesellschaftlichen Zäsur durch Versagen der Kapitalakkumulation. Eine Notwendigkeit muss schon gegeben sein!

In diesem Sinne: **Kommunismus – was sonst! Es existiert keine chinesische Mauer zwischen sozialer Reform und sozialer Revolution!**

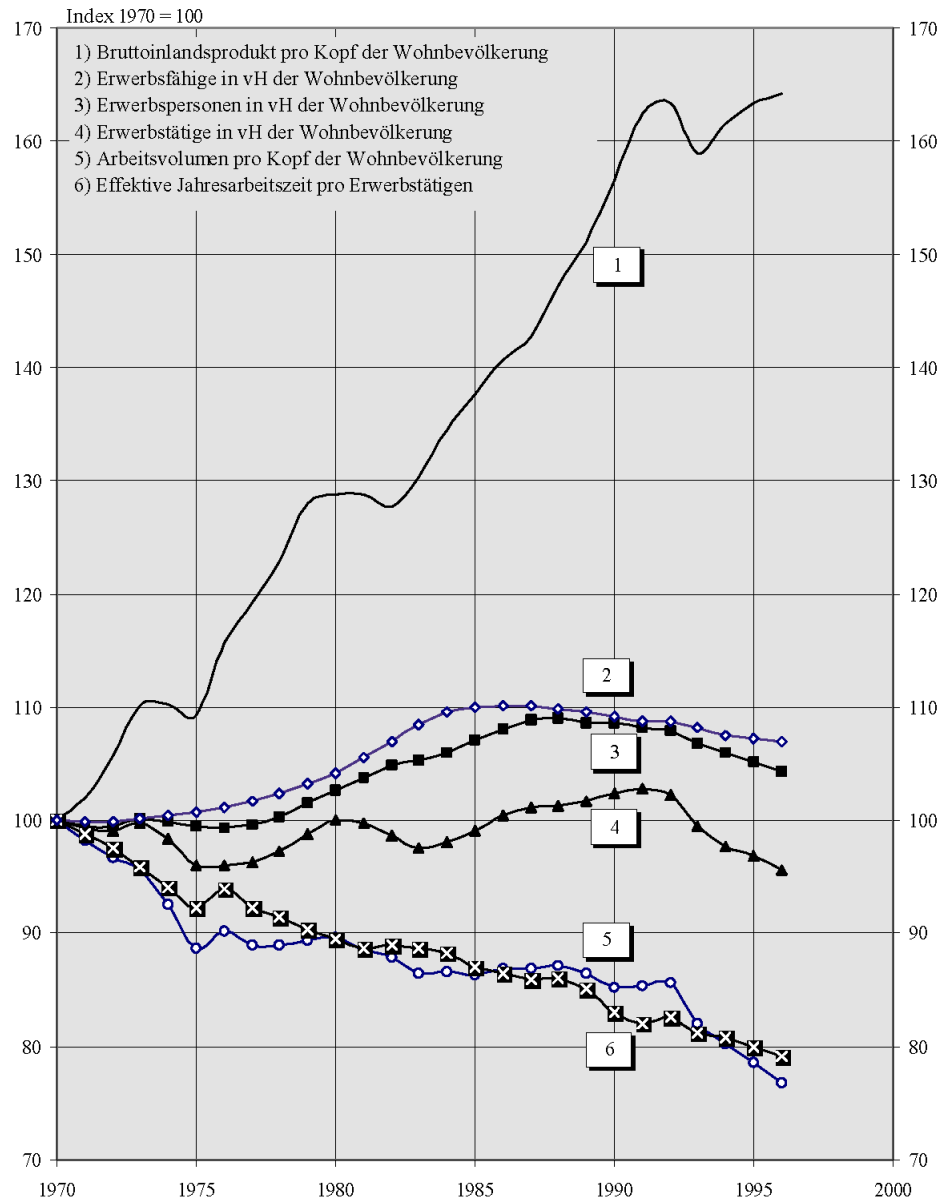
Fortsetzung folgt ... irgendwann.

Robert Schlosser am 15.05.2007

Anhang:

Dass die Ökonomie des Kapitals eine auf gesunden, vielseitigen Lebensgenuss orientierte Arbeits- und Lebensweise nicht zulässt, steht außer Frage. Sie entwickelt aber die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit in einem so außerordentlichen Maße, dass die Spielräume für die Gestaltung einer solchen Arbeits- und Lebensweise überhaupt erst entstehen. Die Ökonomie demonstriert durch ihre eigenen Resultate nicht nur die Notwendigkeit von radikalen Veränderungen, sondern auch deren Möglichkeit. Die verqueren Zahlen bürgerlicher Statistik lassen erahnen, was wir uns entgehen lassen, bzw. von Vermögenden „rauben“ lassen. Ich beziehe mich dabei besonders gern auf die Entwicklung des BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung, also unter Einschluss all jener, die gerade nicht in der Industrie arbeiten. In Anbetracht langer Ausbildungsjahre und eines verlängerten Lebensabends in Rente, sind das eine ganze Menge, was die Sachwalter des Kapitals ja beständig lamentierend beklagen. Trotzdem weist die Kurve des BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung in allen hochentwickelten Ländern steil nach oben. Wäre diese Kurve in Folge etwa des sogen. „demographischen Wandels“, der „Überalterung“, seit Jahren dramatisch eingebrochen, die rasant gestiegenen privaten Geldvermögen abgeschmolzen, dann könnte mensch fast Mitleid mit den Raffzähnen haben, die den Hals nie voll kriegen können, weil in ihren Körpern der Wert selbst sein Zuhause zu haben scheint. Das ist aber nicht der Fall und ein deutlicher Hinweis auf die enorm gesteigerte Arbeitsproduktivität. Hier das Beispiel Deutschlands:

**Schaubild 1-1: Wirtschafts- und Arbeitsmarktindikatoren für Westdeutschland
1970-1996**



1996 geschätzt

Quellen: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, OECD,
Statistisches Bundesamt, IAB, eigene Berechnungen